

Erhebung von Wahlen zu Interessensvertretungen in Österreich und die Einstellung zu E-Voting

Carl-Markus Piswanger

Bundesrechenzentrum GmbH
Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien
carl-markus.piswanger@brz.gv.at

Schlagworte: E-Voting, Interessensvertretungen, Wahlen, Status quo, Studie
Abstract: Im Jahr 2006 wurde im Rahmen eines internen F&E-Projekts der Bundesrechenzentrum GmbH eine Studie über den Status quo der österreichischen Interessensvertretungswahlen (Direktwahlen) erstellt, um eine Aussage bezüglich zukünftiger Einsätze von E-Voting abschätzen zu können.

1. Einleitung

Die Bundesrechenzentrum GmbH hat als Innovationspartner für E-Government des Bundes eine Vorreiterrolle in der Erarbeitung und Realisierung von neuen Themen. „Partizipative Prozesse“ im E-Government (zB wie bei der E-Demokratie) sind ist ein derartiger Innovationsbereich. In mehreren Stufen werden dabei zuerst Strategie, Architektur und Realisierung nach modernen Managementansätzen aufeinander abgestimmt erarbeitet. Demselben Ansatz folgt auch die Strategie „Partizipatives E-Government“, welche seit Ende 2005 existiert.

Die Frage nach E-Voting bei Interessensvertretungswahlen in Österreich wird nicht nur durch die Aufwertung des Themas im Allgemeinen, vgl dazu die aktuellen Ereignisse um die Ausweitung der Briefwahlen, sondern sind auch im speziellen Fall durch organisatorische, rechtliche oder technische Entwicklungen als betrachtenswert zu erachten.

2. Zielgruppe

Für die Studie wurden zwei Gruppen von Organisationen zur Evaluierung ausgewählt – öffentlich-rechtliche Interessensvertretungen in Österreich als

primäre Zielgruppe, welche erweitert wurde durch Organisationen im öffentlichen Bereich, in denen ebenfalls Wahlen mittels Direktwahlen durchgeführt werden, jedoch nicht explizit öffentlich-rechtliche Interessensvertretungen sind.¹ Es ging dabei nicht vorrangig um die Vollständigkeit an Organisationen, sondern darum, eine umfassende Stimmungslage über das Thema E-Voting abschätzen zu können. Dabei war schon in der ersten Näherung ein sehr heterogenes Meinungsbild vorherrschend und auch zwischen verwandten Organisationen, wie zB einzelnen Landwirtschaftskammern, ersichtlich.

Die Suche nach den konkreten Wissensträgern innerhalb der einzelnen Organisationen stellte sich als einfach dar, oftmals war auch statistisches Material online oder auf Anfrage erhältlich. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass öfter juristisches und/oder leitendes Personal der Organisationen für die Gespräche zur Verfügung standen als IT-Beauftragte. Dadurch konnte vertiefend zu den vorbereiteten Fragen vermehrt auch strategische Momente erhoben werden.

3. Ziele und Methoden

Primäres Ziel der Erhebung war ein breiteres Marktspektrum für das zukünftige E-Government-Feld „E-Voting“ zu sichten. Die Ansicht, einen breiten wirtschaftlichen Ansatz zu wählen, nämlich den politischen Topwahlen vorgelagert, wird sich für eine langfristige Entwicklungsperspektive als vorteilhaft darstellen.

Die inhaltliche Zielsetzung der Erhebung umfasste:

- Evaluierung des organisatorischen Umfelds
- Erstellung eines umfassenden Wahlkalenders bis 2012
- Evaluierung der rechtlichen Grundsätze für die Wahlen
- Evaluierung subjektiver „Erfahrungen“ aus der Wahlorganisation
- Evaluierung eingesetzter Wahltechnologien für Vorwahl-, Wahl- und Nachwahlphase
- Erfragung des Wissensstands über E-Voting, inkl. Einschätzung von E-Voting als zusätzliches Wahlinstrument
- Erhebung von als wichtig angesehener Umfeld- und inhaltlicher Schlüsselfaktoren für den Einsatz von E-Voting

¹ zB Soldatenvertretungswahlen.

Als Methoden wurde das der Herausforderung am nächsten stehende Modell des teilstrukturierten Interviews verwandt. Vertieft wurde die persönliche oder telefonische Befragung durch Quellenanalyse von Rechtsquellen und statistischen Materialien. Die rechtlichen Quellen wurden großteils durch Recherche im Rechtsinformationssystem (RIS) gefunden.

4. Ergebnisse

Gemäß der Abfrageinhalte wurde ein zweiteiliges Ergebnis erarbeitet, welches teils überraschend ausfiel, im Bereich E-Voting jedoch auch Grundannahmen bestätigte. Der allgemeine Wissensstand über E-Voting und dessen Schlüsselfaktoren fiel überraschend komplett aus. Dies lässt auf eine breite Auseinandersetzung schließen und nimmt auch einen zukünftigen Diskurs zum Thema voraus.²

4.1 Ergebnisse bezüglich Wahlorganisation

Als erstes formales Datum der Erhebung wurde die Stabilität der allgemeinen Wahlbeteiligung abgefragt. Diese kann zumindest im Bereich der direkten Interessensvertretungswahlen in Österreich als stabil dargestellt werden, wobei sogar eher eine leicht steigende Tendenz ersichtlich ist. Die Wahlbeteiligung divergiert jedoch sehr zwischen den einzelnen Organisationen.

Ein interessantes Ergebnis der Umfrage ist die aktive Förderung der Distanzwahl mittels Briefwahl, welche oftmals bereits die einzige Form der Stimmabgabe darstellt. Als Grund wurden vor allem positive Kosteneffekte durch die Briefwahl und die bessere Erreichbarkeit der Wahlberechtigten angegeben. Die wenigsten Organisationen setzen mittlerweile auf reine Präsenzwahl.

Weiters wurde, ebenfalls in dieser Dichte interessant, eine sehr hohe Verbreitung von Wahltechnologien zur Organisation und Auszählung der Wahl, also Technologien für die Vorwahl- und Nachwahlverarbeitung angegeben, wobei jedoch große Unterschiede, meist korrelierend mit der Größe der wahlbetreibenden Organisation einhergehen.

² vgl auch den Teil über E-Voting im Regierungsprogramm 2007–2011 der Regierung Österreichs, Seite 28, Kapitel 5 – Wahlrecht: „Prüfung der elektronischen Stimmabgabe (e-voting)“.

Ein klares Argument wurde bezüglich der Kosten von Interessensvertretungswahlen gefällt – diese werden als sehr teuer empfunden. Vor allem die Faktoren Wahlinformation, Kosten für zusätzliche Arbeitskräfte (auch Überstunden) und die Kosten für externe Wahlhelfer und Wahlkommissionen wurden hier angegeben.

4.2 Ergebnisse bezüglich E-Voting

E-Voting wird rechtlich derzeit erst in drei Zielgruppen-Organisationen ermöglicht:

- der Österreichischen Hochschülerschaftswahlen³
- der Wahlen der Wirtschaftskammern Österreichs⁴
- der ORF-Publikumsratswahl⁵

Bis dato fand jedoch auch bei diesen drei Organisationen noch keine E-Wahl mittels E-Voting statt.

E-Voting wird fast ausschließlich nicht als prioritär angesehen, es muss sich jenseits der Technikromantik ein greifbarer, meist finanzieller Nutzen einstellen.

Die Grundstimmung ist jedoch als günstig einzustufen. Einige befragte Personen sprachen sich positiv über E-Voting aus, es wurde hier auch das Argument der „logischen technischen Entwicklung“ angeführt – oftmals mit Hinweis auf E-Banking. Gepaart mit einem mehrheitlich klaren Bild über E-Voting stellt dies eine gute Basis für die Zukunft dar. Vor allem bei ganz kleinen Interessensvertretungen ist die Zielgruppe der Wahlberechtigten einfach zu klein, um eine Perspektive für E-Voting zu erkennen.

Am wichtigsten wird jedoch die Erfüllung der kritischen Erfolgsfaktoren sein, welche ebenfalls in merkbarer Häufung bekannt wurden:

Trust: Die wenigsten Organisationen denken daran, Schlüsselemente des E-Votings selbst zu betreiben, sondern „den Service“ extern zuzukaufen, wobei das Kostenargument hier wiederum schlagend werden wird.

Betriebs- und Datensicherheit: Das oft genannte Argument im allgemeinen Diskurs von E-Voting spiegelte sich wieder.

Kosten: E-Voting MUSS kosteneffizient sein, eine übersteigerte Technikverliebtheit wurde niemals im Rahmen der Erhebung wahrgenommen.

3 siehe Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 1998 in der geltenden Fassung 2005, § 34.

4 siehe Wirtschaftskammer-Gesetz 1998 in der geltenden Fassung 2006, vor allem § 73 und § 74.

5 siehe ORF-Gesetz 1984 in der geltenden Fassung 2005, § 28 (Absatz 9).